

**Protokoll der Hattinger Integrationskonferenz 2017
„Integration leben – Zukunft gestalten“****anwesend: siehe beigefügte Liste**

Nach der offiziellen Begrüßung durch die zuständige erste Beigeordnete, Christine Freynik, und dem Vorsitzenden des Integrationsrates, Erkan Cöloglu, stimmten die Musikerinnen und Musiker des Canto Singcafés International die Teilnehmenden musikalisch auf den Nachmittag ein. Anschließend warf der Historiker und Leiter des LWL-Industriemuseums-Zeche Hannover, Dietmar Osses, einen Blick auf die Migrationsgeschichte des Ruhrgebiets und zeigte dabei, wie die Region in den zurückliegenden zweihundert Jahren immer wieder größere Migrationsströme aufgenommen hat und zu dem kulturellen Schmelztiegel wurde, für den das Ruhrgebiet heute steht.

Nach diesem historischen Rückblick richtete Gerhard Seltmann, der den Fortschreibungsprozess des Integrationskonzeptes ehrenamtlich als Hattinger Bürger begleitet, den Blick auf die aktuelle Integrationssituation in Hattingen. In einem komprimierten Referat analysierte er einige statistische Daten und stellte die Ergebnisse der Fachgespräche, die in der ersten Jahreshälfte zu den Themenschwerpunkten Arbeit, Bildung, Gesellschaftliche Teilhabe, Gesundheit und Wohnen stattfanden, vor.

Auf Grundlage dieser Ergebnisse fanden sich im zweiten Teil der Konferenz zu diesen Themenfeldern Arbeitsgruppen zusammen, die unter fachkundiger Moderation, lösungsorientierte konkrete Maßnahmen diskutierten, die die Hattinger Integrationsarbeit weiter vorantreiben soll. Eine weitere Arbeitsgruppe erarbeitete eine Definition des Integrationsbegriffs für die Stadt Hattingen. Folgende Arbeitsergebnisse wurden festgehalten:

1. Handlungsfeld Arbeit**Gruppenzusammensetzung**

- Gruppe von Fachleuten aus den Bereichen Arbeitsintegration und Sprachförderung
- ohne Beteiligung von Unternehmen und Zivilgesellschaft

Handlungsbedarf / Erkenntnisse

- viele Angebote im Bereich Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration vorhanden
- aber: mangelnde Koordination und Übergänge zwischen den Angeboten nicht optimal, auch aufgrund der verschiedenen Zugehörigkeit zu Rechtskreisen

Maßnahmen

- stärkere Einbindung und Sensibilisierung von Unternehmen, Kammern und Stadt
- bessere Koordination der Angeboten

Vorschlag

Runder Tisch "Integration von Zugewanderten in Arbeit und Ausbildung" unter Teilnahme von

- Jobcenter, Agentur für Arbeit
- Stadt Hattingen inklusive Wirtschaftsförderung
- Bildungs- und Beschäftigungsträger

- Sprachkursanbieter
- Unternehmen und Kammern
- Zivilgesellschaft

Wichtig:

- Nutzen für Arbeitgeber muss deutlich werden
- zielgruppenspezifische Ansprache von Betrieben
- Initiative sollte von der Stadt Hattingen ausgehen

2. Handlungsfeld Bildung

Handlungsbedarf / Erkenntnisse

- Konzentration von Kulturen in bestimmten Quartieren
- "Communities" sind geschlossen, nicht offen
- Menschbildung im Alltag, kulturelles Umfeld wird nicht ausreichend gemeinsam gestaltet
- unterschiedliche Vorstellung von Bildung bei Migranten vorhanden
- Spracherwerb Deutsch über alle Altersklassen
- keine ausgebildete Sprache, auch Muttersprache nicht gut ausgebildet
- fehlende Deutschkenntnisse über mehrere Generationen sowie fehlende Muttersprache
- Klarheit über Zuständigkeit fehlt
- interkulturelle Bildung fehlt in der Auffanggesellschaft
- Treffmöglichkeit fehlt
- hohe bürokratische Hürden beim Einstieg in berufliche Bildung
- schwere "Verwaltungssprache"

Maßnahmen

- Miteinander fördern, gemeinsames Essen, Sport und Tanz
- gute bestehende Angebote ausbauen und weiterentwickeln
- Angebote zu interkultureller Bildung und Kultur schaffen (auch Räume schaffen)
- Beteiligungsinstrumente durchdenken, neu entwickeln
- "Tafel ohne Grenzen", "Tafel der Kulturen", Maßnahme der Begegnung
- Elternbildungsmaßnahmen ausbauen (z.B. Rucksackprojekt)
- Eltern stärker in Maßnahmen und Veranstaltungen wie Integrationskonferenz einbeziehen
- gute Beispiele gelingender Integration besser aufzeigen
- Offenheit und Toleranz fördern
- Integration braucht Ausbildungsplätze

3. Handlungsfeld Definition

Integration ist ...

- ein gesellschaftlicher Prozess (oder dessen positives Ergebnis)
- durch den die trennende Wirkung von
 - (kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen) Unterschieden sowie
 - (politischen und religiösen) Einstellungen und Lebensformen (Überzeugungen/ Traditionen)
 - durch zielgerichtete Maßnahmen überwunden wird.
- Die gesellschaftliche Vielfalt wird wertgeschätzt und als Bereicherung erfahren.
- Dieser Integrations-Prozess folgt dem Ziel
 - allgemeine Gleichbehandlung und
 - umfassende Teilhabe für alle zu ermöglichen.
- Voraussetzung hierzu ist die Fähigkeit und Bereitschaft der Gesellschaft (oder einer Gruppe), sich Minderheiten (oder Einzelpersonen) gegenüber zu öffnen
- ohne die gemeinsame Wertebasis zu relativieren.

4. Handlungsfeld Gesellschaftliche Teilhabe

Handlungsbedarf / Erkenntnisse

- Schwimmangebote (Zeiten fehlen)
- Probleme bei der Hygiene in Küchen- und Sanitärbereichen sowie bei der Mülltrennung von Glas, Papier und Müll
- was machen wir, wenn die Leute nicht gesellschaftlich teilhaben wollen ?
- Informationen über Flyer kommen oft nicht an z.B. Ferienspaß; es gibt schon viele Angebote wie z.B. Kinderbetreuung, Jugendcafé, Sprachcafé, vhs – aber häufig sind die betreffenden Personen nicht informiert

Maßnahmen

- Überprüfung der Nutzerzeiten in den Schwimmbädern (werden die gebuchten Zeiten in Anspruch genommen?)
Termin: Vor Beginn der Herbstferien
Zuständigkeit / Koordination: K01
- Hauswirtschaftskurse (Zusammenleben vor Ort) – wie lebt man zusammen – mit machen – Verantwortung übernehmen;
bezüglich der Probleme mit der Mülltrennung, Hygieneregeln etc. => Qualifizierung, Begleitung durch professionellen Anbieter, Reinigungsfirmen;
zum Problem Mülltrennung und Verhalten in der Nachbarschaft: Hauswirtschaftskurs durch muttersprachliche Mitarbeiterin, die die städtische Reinigung organisiert;
können Geflüchtete Arbeitsverträge (z.B. Minijobs) in diesem Bereich bekommen?
Zuständigkeit / Koordination: K01
- Ursachenforschung bei fehlender Bereitschaft zum Mitmachen
- Broschüren und Flyer in mehreren Sprachen verteilen
Zuständigkeit: Die Anbieter/Innen
- Infoveranstaltung zu bestimmten Themen statt Flyer; persönlich aktiv werben; präsent sein (z.B. über das Jugendparlament);
jeweils Infoveranstaltungen für Fachkräfte / Multiplikatoren über zentrale Angebote
Zuständigkeit / Koordination: K01
- Informationen zu Angeboten über eine zentrale Internet-Plattform
Herr Suder von "Demokratie leben" wird die ihm zugesendeten Daten zusammenstellen; nach einem AG-Treffen nach den Sommerferien wird die Seite fertig gestellt; im Herbst ist die Seite fertig
Zuständigkeit / Koordination: K01

5. Handlungsfeld Gesundheit

Handlungsbedarf / Erkenntnisse

- zügige, einheitliche, transparente Anmeldung des neugeborenen Kindes (Geflüchtete) beim Standesamt
Geburt im Krankenhaus
 - Anmeldung der Geburt in der Krankenhausverwaltung
 - Standesamt
 - Geburtsurkunde, falls Reisepässe der Eltern, Geburtsurkunden der Eltern und Eheurkunde vorliegen
 - oder Auszug aus dem Geburtenregister, falls die o.g. Dokumente nicht vorliegen
 - oder ggf. Bescheinigung über die Geburt
- Es wird eine Geburtsurkunde oder der Auszug aus dem Geburtenregister oder zumindest eine Bescheinigung über die Geburt benötigt um
 - Krankenversicherung des neugeborenen Kindes zu beantragen

- Leistungen beim Jobcenter zu beantragen
- Kindergeld und Elterngeld zu beantragen
- Asylantrag zu stellen

Maßnahmen

- das Thema wird an das Hattinger Standesamt gegeben, damit dieses beim "Runden Tisch der Standesämter" besprochen werden kann
- es soll eine einheitliche Vorgehensweise abgesprochen werden und vor allem soll gewährleistet sein, dass ein Auszug aus dem Geburtenregister ausgehändigt wird, falls die Dokumente fehlen (einige Standesämter stellen diesen Auszug auch nur aus, wenn Dokumente vorliegen; dann kann das Kind nirgendwo angemeldet werden, weil kein Nachweis über die Geburt vorliegt)

6. Handlungsfeld Wohnen

Handlungsbedarf / Erkenntnisse

- angespannter Wohnungsmarkt
- verschärfte Situation für Geflüchtete durch Wohnsitzauflage
- Geflüchtete mit Duldung oder einer auf ein Jahr begrenzten Aufenthaltsgestattung bekommen nur schwer einen Mietvertrag
- "Wohnungsfähigkeit" der Geflüchteten teilweise nur eingeschränkt vorhanden
- wenig Wohnungen für große Familien vorhanden

Maßnahmen

- Erhöhung der Kosten der Unterkunft durch die Kreisverwaltung parallel zur Erhöhung der Nebenkosten und des Mietspiegels
konkreter Vorschlag: Gespräch mit der Kreisverwaltung führen
- während einige Wohnungsbaugesellschaften eine Einzelfallprüfung vornehmen und Mietverträge auf Geflüchtete ausstellen, lehnen andere Gesellschaften diesen Personenkreis grundsätzlich ab
konkreter Vorschlag: hier sollten wiederholt Gespräche mit den Wohnungsbaugesellschaften geführt werden, um die Situation zu erleichtern
- "Wohnungsführerschein" - Durchführung von Kursen, in denen die Regelungen des Zusammenlebens vermittelt werden durch Ehrenamtliche (Beispiel: Sperrmüllentsorgung)
- Zusammenlegung von Wohnungen

Alle Ergebnisse fließen nach Diskussion in der prozessbegleitenden Steuerungsgruppe in die Fortschreibung des Integrationskonzeptes ein. Der Entwurf des Integrationskonzeptes soll nach Beratung in den Fachausschüssen voraussichtlich im Herbst in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.